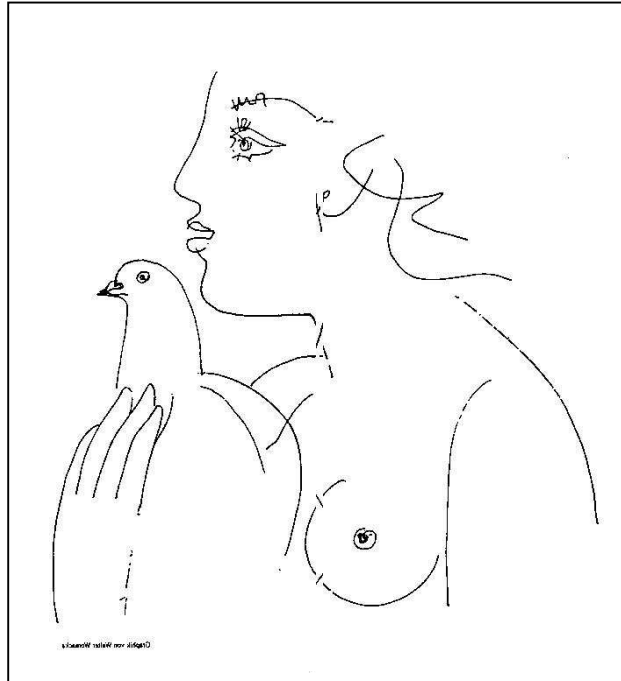


Nr. 179



## **Die NATO und die Remilitarisierung Westdeutschlands**

von

**Prof. Dr. Georg Grasnick**

Redaktionsschluss: 1. September 2015

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de) Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

In diesem Jahr am 9. Mai feierte die Bundeswehr mit einem Ball den 60. Jahrestag ihrer offiziellen Gründung. Ein Affront gegen den 70. Jahrestag der Befreiung der Völker von Faschismus und Krieg. Eine Provokation gegen den 70. Jahrestag des Sieges der Anti-Hitler-Koalition, der vor allem unter hohen Blutopfern der Sowjetunion erzwungen wurde. Eine Herausforderung, die durch „Ehrungen“ von Nazi-Kriegsverbrechern untersetzt wird. So u. a. für Rommel, Raeder, Weddigen und weitere Vollstrecker des „totalen Krieges“. Auf diese Weise soll wohl daran erinnert werden, dass die 1945 erlittene Niederlage des deutschen Militarismus noch im gleichen Jahr durch eine Partnerschaft mit den USA korrigiert werden sollte.

Im Dezember 1945 begannen nämlich im Auftrag der USA faschistische Niederlagen-Generäle im sogenannten „Arbeitsstab Halder“, ihre, wie es hieß, „Memoiren“ zu schreiben. Tatsächlich brachten sie ihre „Erfahrungen aus dem Russland-Feldzug“ zu Papier. Darunter gleich auch Pläne für einen neuen „Ritt gen Osten“. Über die vom „Arbeitsstab Halder“ dargelegten Planungsvorschläge berichtete später die US-Zeitschrift „News-week“, der Plan greife zwar dem damaligen Stand der technischen Vorbereitungen voraus, stimme aber mit den Ansichten der westlichen Experten vom „West Point“ (der US-Militärakademie) überein. Beide gingen davon aus, dass jeder kommende Konflikt als ein Bewegungskrieg von viel schnelleren und gewaltigeren Ausmaßen als der letzte Krieg beginnen werde. Der Schlüssel zum Sieg bestehe darin, so wuchtig und weit vorzustoßen, um den Gegner aus dem Gleichgewicht zu werfen, seine Verbindungslinien zu zerstören und die Kontrolle über diesen neuen 'Kampfplatz von Europa' zu tragen. (zit. In Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus, Sachsenverlag 1951, S. 131/32) Die Hitler-Generäle dachten wieder, wie gehabt, an einen Blitzkrieg. Und sie setzten darauf, dass man es dann nicht mit einem Zweifronten-Krieg zu tun haben würde.

Die Generäle legten auch eine Denkschrift vor, in der erklärt wurde, dass eine künftige deutsche Armee 12 Heeresdivisionen umfassen solle. Eine solche Armee müsse neben den anderen westlichen Streitkräften einen gleichberechtigten Rang haben. (ND, 26.10.2010)

So wurden die Generäle der Hitler-Wehrmacht, die die Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen getreten hatten, nicht nur Planer für einen neuen Krieg, sondern auch Gründungsväter einer neuen Bundes-Wehrmacht. Das sogenannte Amt Blank schuf später die organisatorischen und personellen Vorarbeiten für diese Streitmacht. Doch darüber später.

Die schnelle Indienstnahme von Hitler-Generälen durch die USA ist darauf zurück zu führen, dass bereits am 15. April 1945, also drei Wochen vor Kriegsende in Europa, im US-Außenministerium Experten, darunter der spätere Außenminister John F. Dulles, globalstrategische, auf die Weltherrschaft des US-Imperialismus gerichtete Erwägungen beraten hatten. Die Entwicklung Nachkriegsdeutschlands hatte dabei eine wesentliche Rolle gespielt. „Die Gruppe beschloss..., Deutschland wieder aufzubauen und dann zu remilitarisieren. Deutschland sollte zu einem 'Bollwerk gegen Russland' gemacht werden.“ (MI-Analyse 2005/18, vom 16.7.2005) Der damalige stellvertretende US-Außenminister Grews war überzeugt: „Der kommende Krieg mit Russland liegt auf der Hand.“ (ebenda) Der britische Premier Churchill wies Anfang Mai seine Oberkommandierenden in Deutschland an, deutsche Truppeneinheiten für den Fall eines neuen Feldzugs gegen die Sowjetunion weiter unter Waffen zu halten.

Das neue antisowjetische Feindbild war vom US-Imperialismus und von all jenen reaktionären Kräfte in Deutschland geprägt, die sich das Wiederaufleben des deutschen Militarismus und die Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse zumindest in einem Teil Deutschlands zum Ziel gesetzt hatten.

Das Streben des US-Imperialismus nach Weltherrschaft war durch die neue Qualität des internationalen Status des Landes bestimmt: Waren im Ergebnis des Ersten Weltkrieges die USA Großmacht geworden, so waren sie nun Supermacht. Und sie verfügten bald auch über die Atomwaffe. Dem Anspruch auf Weltherrschaft und damit der Revision der Ergebnisse des Krieges stand allerdings die Sowjetunion im Wege. Das erste sozialistische Land hatte durch den Hauptanteil am Sieg der Anti-Hitler-Koalition großes Ansehen und bedeutenden in-

ternationalen Einfluss gewonnen. Die Beschlüsse von Jalta und Potsdam reflektierten diese Realität.

Bereits während der Potsdamer Konferenz hatte der Militär-Industrie-Komplex der USA begonnen, Druck auf die Sowjetunion auszuüben. Der von Truman befohlene Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki sollte die Führung der Sowjetunion veranlassen, den Ansprüchen der USA in wesentlichen internationalen Fragen nachzugeben. Da sich die Sowjetunion unbeeindruckt zeigte, rief Churchill im März 1946 in seiner Rede in Fulton im US-Bundesstaat Missouri zum Kalten Krieg gegen die Führungsmacht im sich herausbildenden sozialistischen Lager auf. Die westliche Welt, so hetzte er, sei „von der kommunistischen Tyrannei bedroht“ und deshalb zur „Verteidigung“ veranlasst.

Und schon wartete die USA-Administration mit dem Plan auf, einen „Westblock“ europäischer Staaten gegen die „Bedrohung“ zu schaffen. Das dafür notwendige Menschenpotenzial beschäftigte die Planer besonders. Weshalb sie übereinstimmend die Meinung vertraten, dass das besiegte Deutschland dem Block später unbedingt angehören müsse.

### **Spaltung im Blick**

Die eingeleiteten Schritte der Westmächte für einen „Westblock“ und die Einrichtung eines neuen Kampfplatzes in Europa vertrugen sich allerdings nicht mit dem in Potsdam fixierten Zusammenschluss der vier Besatzungszonen in Deutschland. Die Einbeziehung der westlichen Besatzungszonen in den antikommunistischen Block und die Planungen für einen neuen Krieg verlangten staatlichen Strukturen und einen staatlichen Partner. So konzentrierte sich die westliche Strategie zunächst auf „das halbe Deutschland, und (auf) das ganz“, wie es Adenauer später formulierte. Die Spaltung Deutschlands stand auf der Tagesordnung.

Die Westmächte mussten zwar in der unmittelbaren Nachkriegszeit in ihren Besatzungszonen noch vortäuschen, als stünden sie zum Potsdamer Abkommen.

Doch im Laufe der Zeit entsorgten es die westlichen Militärregierungen mit ihren Maßnahmen Schritt für Schritt. Viermächtebeschlüsse wurden systematisch sabotiert. Im Dezember 1946 vereinbarten die US-amerikanische und die britische Militärregierung die Bildung der Bizone. Die Ende 1947 von der Sowjetunion auf der Londoner Konferenz unterbreiteten Vorschläge, die Viermächteverwaltung wiederherzustellen, eine deutsche Zentralregierung zu errichten und eine Konferenz zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland vorzubereiten, wurden abgelehnt. Der damalige US-Außenminister Marshall sprengte die Konferenz. Zufrieden mit diesem friedensfeindlichen Akt schrieb die „New York Herald Tribune“ am 20. Dezember 1947: „Wir sind am Ende der Straße angelangt, das Zeitalter Jaltas ist vorbei...Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen.“

Im Januar 1948 befahlen die Chefs der US-amerikanischen und der britischen Militärregierung, Clay und Robertson, die Konstituierung des bizonalen Wirtschaftsrates. Er galt als Vorläufer einer separaten Regierung. Mit Paris wurde der Beitritt der französischen Zone zur Trizone beschlossen. Faktisch war die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates mit diesen Schritten beendet worden. Im Frühjahr 1948 wurde unter Ausschluss der UdSSR die Internationale Ruhrkontroll-Behörde konstituiert. Die Westzonen wurden mit dem Marshall-Plan politisch und wirtschaftlich in den Prozess der Blockbildung einbezogen.

Die Westmächte legten für die drei Westzonen die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung in Form des Parlamentarischen Rates fest. Die westdeutschen Ministerpräsidenten erklärten sich bereit, entsprechend den Weisungen der westlichen Militärgouverneure, eine separate Verfassung auszuarbeiten. Womit die Geburtsurkunde für einen westdeutschen Separatstaat angefertigt wurde.

Die im Juni 1948 durchgeführte separate Währungsreform für Westdeutschland und Westberlin war nicht nur ein massiver Verstoß gegen die wirtschaftspolitischen Grundsätze von Potsdam, sondern auch der bis dahin schwerste Anschlag gegen die Einheit Deutschlands. Eine von Moskau vorgeschlagene Währungsreform für ganz Deutschland war von den Westmächten sabotiert worden.

Im Mai 1949 wurde schließlich das Grundgesetz verabschiedet und damit der Bonner Separatstaat konstituiert.

Die nach Restauration der alten Machtverhältnisse strebende deutsche Großbourgeoisie und die politischen Eliten in den westlichen Besatzungszonen erwiesen sich als treue Gefolgsleute der Westmächte, beflissene Vollstrecker der Spaltung und aktive Befürworter der Pläne einer westlichen Blockbildung.

### **Kurs auf westliche Blockbildung**

Dem Projekt eines „Westblocks“ lagen zumindest drei Zielsetzungen zugrunde: die totale Abkehr von den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition, das „Roll back“ der UdSSR und die weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands.

Am 6. September 1945 hatte sich Truman mit der Botschaft an den US-Kongress gewandt, zur „nationalen Sicherheit“ Stützpunkte einzurichten, auch auf allen überseeischen Basen. Zunächst betraf das die Türkei und Griechenland. Schon zu dieser Zeit stand für die Planer im Pentagon fest, dass die westlichen Besatzungszonen in Deutschland künftig zum Hauptstützpunkt und Frontstaat gegen den Sozialismus der von Truman erklärten Strategie des „Roll back des Kommunismus“ ausgebaut werden sollte. Und zwar, wie später wiederholt dargelegt wurde, sowohl aus geographischen Gründen als auch zur Gewinnung des erforderlichen Menschenpotenzials. Die Remilitarisierung Westdeutschlands kam voran.

Der geplante „Westblock“ bedurfte der Konkretisierung. Im Dezemberheft 1945 der „Agence France Press“ war in einem vom Pentagon lancierten Beitrag zu lesen: „Das zu lösende Problem besteht in der Verteidigung gegen einen Feind aus dem Osten...Es wird daher gut sein, eine westalliierte Militärkommission zu schaffen, die aus den Stabschefs der Verbündeten besteht. Später, nach der Reorganisation Westdeutschlands, kann auch dieses in das System aufgenommen werden.“ Der „Westblock“ nahm im Frühjahr 1948 mit dem Zusammenschluss der drei Westmächte und der Benelux-Staaten zur „Westunion“ Gestalt an. Demagogisch wurde diese Union als Beistandspakt gegen den deutschen Militarismus dargestellt. Ein Aus-

druck dafür, wie die gegen die Remilitarisierung auftretenden und nach Frieden gestimmte öffentliche Meinung ausgeprägt war.

Anfang Januar 1949 wurde die „Nordatlantikunion“ geschaffen. Mitglieder waren die USA, Kanada, England, Frankreich und die Benelux-Staaten. Heuchlerisch wurde verkündet: „Wir bauen den Frieden! Kollektive Sicherheit im Nordatlantikraum.“ Zur gleichen Zeit wiederholte Initiativen der Sowjetunion für Kollektive Sicherheit und einen Friedensvertrag mit Deutschland wurden mit einer wüsten Kriegshetze gekontert. (Karl Bittel, Atlantikpakt oder kollektive Sicherheit für Europa, Dietz Verlag Berlin, 1954, S. 21)

Von zahlreichen geplanten Atomschlägen gegen sowjetische Städte und Verteidigungs- sowie Industriezentren war die Rede. Der bekannte US-amerikanische Kriegskorrespondent Pat Frank skizzierte die menschenverachtenden **Utopie eines „Uralkrieges“**: „Der dritte Weltkrieg erhielt seinen Beinamen von einer Gebirgskette: dem Ural; denn am 5. August 1949 traf die USA-Luftwaffe unter Anwendung von Atombomben die geheimgehaltenen sowjetischen Kernspaltungsanlagen im Uralgebirge. Trotz aller Schwierigkeiten war es das erfolgreichste militärische Unternehmen in der modernen Geschichte, und der darauffolgende Krieg war von viel kürzerer Dauer, als man annehmen konnte, kostete auch bedeutet weniger Geld und Blut, jedenfalls vom Standpunkt der westlichen Demokratien aus betrachtet.“ (News Week, 18. August 1947) Die Pläne für die Schaffung eines aggressiven Paktsystems wurden forciert betrieben.

### **NATO auf der Tagesordnung**

Im April 1949 erfolgte in Washington die Unterzeichnung des NATO-Vertrages.

Der republikanische Senator Taft brandmarkte diesen Akt mit den Worten: „Ich kann nicht für die Ratifizierung des Nordatlantikpaktes stimmen, weil er uns meiner Meinung nach verpflichtet, auf unsere Kosten die Aufrüstung der Länder Westeuropas zu unterstützen, weil diese Verpflichtung meiner Meinung nach eher zur Entfesselung eines Krieges beiträgt als zum Frieden und weil ich der Meinung bin, dass er zusammen mit dem Waffenlieferungsplan in völligem Wider-

spruch zu dem Geist der Verpflichtungen steht, die wir laut Statut der Organisation der Vereinten Nationen übernommen haben.“ (ebenda, S. 23/24) Die Kritik Tafts offenbarte, wie der US-Imperialismus mit der Etablierung des Kriegspakts nicht nur die Aushöhlung des Potsdamer Abkommens, sondern auch die der UN-Prinzipien praktizierte.

Im Februar 1945 hatten die USA, England und die Sowjetunion in Jalta noch feierlich erklärt: „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören.“ Im August 1945 wurde diese Verpflichtung im Potsdamer Abkommen wiederholt. In wenigen Jahren wurden mit Aufbau eines gegen die Sowjetunion gerichteten aggressiven Netzwerkes die Erwartungen der Völker verraten.

Diese Politik entsprach den Interessen der reaktionären Kräfte in den deutschen Westzonen. Sie setzten auf Wiedererrichtung und Wiederbewaffnung des deutschen Militarismus, auf eine angemessene Rolle des Separatstaates in einem imperialistischen Bündnissystem und auf Revanche für die im Krieg erlittene Niederlage.

Mit der Ratifizierung des NATO-Paktes waren die westlichen Besatzungstruppen in dem eben konstituierten Bonner Separatstaat Bestandteile des Bündnisses geworden. Die BRD wurde Operationsfeld der NATO. Adenauer unterschrieb Ende November 1949 diensteifrig das sogenannte Petersberger Abkommen, das die Hohen Kommissare in den Westzonen ihm vorgelegt und das sie selbst schon signiert hatten. Das Abkommen war die deutsche Generalvollmacht für die Remilitarisierung der BRD.

Im August 1950 verlangte Adenauer in einem Geheimmemorandum an den US-Hochkommissar McCloy, dass aufzustellende deutsche Militärverbände einem europäischen Kommando angehören sollten.

Im September 1950 beschlossen die Außenminister der drei Westmächte offiziell die Einbeziehung der BRD in ihr Paktsystem und die Aufhebung von Beschränkungen für die BRD-Industrie. Außerdem gestatteten sie der Bundesregierung erste Truppeneinheiten aufzustellen. (Die Spaltung Deutschlands und der Weg zur Wiedervereinigung,



Verlag Zeit im Bild, Dresden 1966, S. 43) Die bisher im Geheimen betriebene Aufrüstung der BRD erhielt damit offiziellen Charakter.

Im September 1951 entschieden die drei Westmächte, die BRD in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) aufzunehmen. Ein Vertragssystem wurde ausgearbeitet. Es sah die Aufstellung einer „Europa-Armee vor, in der die BRD mit fünf Kontingenten vertreten sein sollte. Eine Mehrheit des Bundestages bevollmächtigte Adenauer zur Unterzeichnung des EVG-Vertrages und des Generalvertrages und ratifizierte dann später beide Verträge. Die DDR-Volkskammer erklärte dazu: „Die Ratifizierung dieser Kriegsverträge durch die Adenauer-Regierung und die ihr hörige Mehrheit des Bonner Bundestages ist ein Akt des Staatsstreiches. Sie erfolgte gegen den Willen des deutschen Volkes, unter Vergewaltigung seines nationalen Selbstbestimmungsrechts, unter Bruch der alliierten Vereinbarungen von Jalta und Potsdam über das Recht des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag, der ihm seine nationale Einheit und ein Leben in Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit garantiert.“ (ebenda, S. 51)

### **Um den Beitrag zum Kriegspakt. Das Amt Blank**

Der EVG-Vertrag kam allerdings nicht zustande, da die französische Nationalversammlung die Ratifizierung verweigerte. Das hinderte die Adenauer-Regierung jedoch keineswegs daran, die Aktivitäten für die Aufstellung einer Armee voranzutreiben. Vor dem Bundestag hatte Adenauer im November 1950 erklärt: „Die Stärke (des Westens) ist nur gewährleistet, wenn die westliche Welt ihre Verteidigung organisiert. Die westlichen Mächte sind sich ferner darin einig, dass die Kräfte zur Verteidigung nur dann ausreichen, wenn auch Deutschland seinen Beitrag dazu leistet. Das deutsche Volk kann sich davon nicht ausschließen.“ (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, 98. Sitzung, Bonn, 8. November 1950, S. 3566/67) Möglicherweise war diese Hilfsbereitschaft des deutschen Bundeskanzlers eine Reaktion auf die in den USA verbreitete Anti-Kriegsstimmung, die in der Forderung gipfelte „Not our boys“. US-General Collins erklärte daraufhin: „Es ist genug, dass wir die Waffen liefern, unsere Söhne sollen nicht in Europa verbluten. Es gibt genug Deutsche, die

für die USA-Interessen sterben können.“ (Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus, Sachsenverlag Leipzig 1951, S.147)

Damit „Deutschland seinen Beitrag leisten“ könne wurde das Amt Blank geschaffen. Seine Aufgabe bestand vor allem darin, das Menschenpotenzial „zur Verteidigung der westlichen Welt“ zusammenzustellen. General Eisenhower hat später – in Bezug auf Überlegungen für die Aufstellung einer Europa-Armee - darauf verwiesen, dass man sich “des deutschen Potenzials bedienen“ könne. (Der Tag, 1. April 1952)

Im Amt Blank fanden sich 15 Generale, Admirale, Generalstabsoffiziere der Wehrmacht zusammen. Darunter Heusinger, Speidel, Graf Kielmannsegg, Graf Baudissin, Ruge und viele andere. Der britische „Daily Express“ stellte treffend fest: „Der deutsche Generalstab, die unbarmherzig wirkende Maschine, welche 100 Jahre lang der Planentwerfer eines europäischen Krieges war, ist wieder da. Der deutsche Generalstabsmeisterplan ist nur wenigen offiziellen alliierten Kreisen bekannt. Die Franzosen mit ihrer Erinnerung an drei deutsche Invasionen sind alarmiert.“ (Daily Express, 16. Juli 1951)

Im August 1953 hatten die Söldner-Beschaffer bereits 100.000 Mann erfasst. Schnell wuchs diese Zahl auf 400.000 Mann an. Das waren vor allem als Polizeitruppen, als sogenannte „Deutsche Dienstleistungen“ und als militärische Hilfsorganisationen rekrutierte Verbände.

Deutsche Arbeitseinheiten arbeiteten bei den drei westlichen Besatzungsstreitkräften. Als Vorgesetzte fungierten jeweils Generale der Wehrmacht. Bei den US-Truppen wurden die Angehörigen der deutschen Arbeitskompanien bewaffnet. Die „FAZ“ kommentierte: „Es wird niemanden geben, der sich damit tröstet, dass es 'nur' Karabiner sind. Mit Karabinern fängt es an, mit Maschinengewehren geht es weiter, und niemand weiß, wo es aufhört.“ (FAZ, 4. August 1950)

Bei der Industriepolizei und bei den Wach- und Arbeitskommandos waren unter falschen Namen auch Kriegsverbrecher der SS und der ehemaligen Wlassow-Armee untergetaucht. 1952 wandte sich Ade-

nauer an den damaligen US-amerikanischen Hohen Kommissar McCloy mit dem Ersuchen, bestimmte Gesetze des Kontrollrats im Gebiet der BRD „außer Anwendung“ zu setzen.“ Konkret betraf das die Proklamation des Kontrollrats Nr. 2. Im Abschnitt I der Proklamation hieß es: „SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Einrichtungen sind vollständig und endgültig aufzulösen.“ McCloy verfuhr entsprechend dem Ersuchen Adenauers. Die erfahrenen faschistischen Kader wurden bei der weiteren Remilitarisierung dringend benötigt.

1950 wurde die Bereitschaftspolizei und 1951 der Bundesgrenzschutz aufgestellt. Beide galten als militärische Kadertruppen. Der von Göring aufgebaute Luftschutz wurde reaktiviert.

Das Amt Blank entwarf auftragsgemäß das Wehrpflichtgesetz, obwohl das Grundgesetz Kriegsdienst verbot. Es beschlagnahmte Kasernen für die spätere Bundeswehr. Es sorgte dafür, dass Waffen und Ausrüstungsgegenstände für eine Armee in US-Depots bereitgestellt wurden. Alles Vorleistungen für eine Bundeswehr, die als künftiges NATO-Mitglied schnell einsatzbereit sein sollte.

Das Amt Blank wurde 1955 Bonner Verteidigungsministerium. Von den 180 Stabsoffizieren im Ministerium waren 125 Ritterkreuzträger.

### **Pflege reaktionärer Traditionen**

Zum Remilitarisierungsprozess in diesen Jahren gehörte die Bildung einer Vielzahl von Soldaten- und Traditionsverbänden. Ihnen oblag es, in völliger Missachtung des Potsdamer Abkommens die alten chauvinistischen Traditionen der Kriegervereine und halb-militärischen Organisationen zu pflegen und sich an den organisatorischen Vorbereitungen des Aufbaus der Bundeswehr zu beteiligen. Diese Tätigkeit wurde mit der „Wahrnehmung sozialer Belange“ und als „Suchdienst“ für vermisste Soldaten getarnt. In den Verbänden fanden sich faschistische Gauleiter, SS-Kommandeure, SA-Standartenführer und Hitlergenerale zusammen.

Mitte der 1950er Jahre existierten mehr als 500 Traditionsverbände, darunter auch die „Legion Condor“ und solche der SS. Einzelne Verbände wurden von schwerbelasteten Kriegsverbrechern geführt. So

stand beispielsweise der Traditionskompanie „Horst Wessel“ der frühere SA-Standartenführer Prage vor. Bei der „Gemeinschaft ehemaliger SS-Männer“ wirkte als Leiter der letzte Kommandant der Leibstandarte „Adolf Hitler“, General Kumm.

Publikationsorgane dieser Kräfte hatten ihre Förderer. So wurde die „Deutsche Soldatenzeitung“ von der Adenauer-Regierung subventioniert, der „Stahlhelm“ vom Bankhaus Schröder & Co. Schnell erschienen in Millionenaufgabe die sogenannten Landserhefte. Alter preußischer Ungeist wurde gepflegt. „Die Idee Preußen lebt weiter!“ lautete die Parole. Die Bundesregierung sprach vom „Bürger in Uniform“.

Der ehemalige Generalfeldmarschall von Leeb schrieb in seinem Geleitwort für den „Deutschen Soldatenkalender“ 1955: „Heute stehen wir vor der Einbeziehung Westdeutschlands in die Verteidigungsgemeinschaft der freien Welt. Eine neue jüngere Generation ist aufgestiegen. Wir alten Soldaten können nur wünschen und hoffen, dass diese neue junge Truppe von dem gleichen Geist der Treue, der Hingabe, der Kameradschaft, des Durchhaltens und der Opferbereitschaft beseelt sein möge, wie die Soldaten, die in den zurückliegenden beiden Weltkriegen die Waffen getragen und sich eingesetzt haben.“

In diesem Sinne wurden die jungen Rekruten ideologisch gedrillt. In Kasernen, die nicht selten die Namen von Kriegsverbrechern trugen.

### **BRD wird NATO-Mitglied**

Die BRD, die in der US-Strategie eine bedeutende Rolle spielte, sollte auch hinsichtlich ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit ein stabiler Faktor sein. Der Marshallplan hatte dafür wichtige Anschubhilfe geleistet.

1951 wurde dann ein Vertrag über die Montanunion, die sogenannte Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, und ein Abkommen über die Vereinigung der Kohlen- und Hüttenindustrie, der sogenannte Schuman-Plan, zwischen der BRD und westeuropäischen Staaten geschlossen. Das betraf Industriezweige, die für die Rüstungsindustrie besonders wichtig waren. Zudem wurde die Macht der Schwer- und der Chemie-Industrie sowie der Banken abgesichert. Krupp,

Klöckner, Thyssen, Mannesmann, Haniel, Höchst, Hoesch hatten schon in der Vorbereitung und Durchführung des Ersten und des Zweiten Weltkrieges eine wesentliche Rolle gespielt. Und wiederum waren sie gefragt. Bereits Ende 1952 produzierten 400 Betriebe wieder Kriegsmaterial.

1952 trat der Generalvertrag zwischen den drei Westmächten und der BRD in Kraft. Darin wurden die westlichen Besatzungstruppen umbenannt in „Truppen zur Verteidigung der freien Welt“. U.a. wurde ihnen vertragsgemäß das Recht gewährt, bei einer „schweren Störung der öffentlichen Ordnung“ die Militärdiktatur zu errichten. Die US-Zeitschrift „US News an World Report“ kommentierte die Bedeutung des Generalvertrages für den US-Imperialismus so: „Die größte Rolle in diesem neuen Europa fällt den USA zu. Amerikanische Truppen bleiben unbegrenzt in Europa. Amerikanische Waffen werden in Mengen weiter nach Europa fließen. Amerikanische Dollars werden weiter benötigt werden, um den wirtschaftlichen und militärischen Aufbau Europas zu fördern, und ein amerikanischer General wird die Streitkräfte des neuen Europa befehligen.“ (US News and World Report, 6. Juni 1952) Die Remilitarisierung erhielt die vom Pentagon erwartete Prägung.

Im Oktober 1954 wurde die Aufnahme der BRD in die NATO beschlossen. Die BRD wurde damit politisch und militärisch fest in die Entwicklung der Strategie des aggressiven Militärpakts eingebunden. Die Spaltung Deutschland erreichte mit dem NATO-Beitritt ihren absoluten Tiefpunkt. Die BRD erhielt das Recht, eine Armee von 500.000 Mann aufzustellen.

Im Februar 1955 ratifizierte der Bundestag die Pariser Verträge. Sie traten nach der Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten des Paktes am 5. Mai 1955 in Kraft.

Die Pariser Verträge – das waren der sogenannten Deutschlandvertrag, die Vereinbarungen über die Stationierung ausländischer Streitkräfte in der BRD, der Vertrag über die Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union und das Protokoll über die Aufnahme der BRD in die NATO.

Adenauer hob als Vorteile, die sich für den deutschen Militarismus aus den Verträgen ergäben, u.a. hervor: „Im Vergleich zu der innerhalb der EVG getroffenen Regelung sind damit für Deutschland folgende Vorteile erzielt worden, erstens: Die zivile Atomforschung und Ausnutzung von Atomenergie sind frei, zweitens: Alle Waffen, die die deutschen Truppen brauchen, dürfen auch in Deutschland hergestellt werden. Die Flugzeugproduktion, abgesehen von strategischen Langstreckenbomben, ist frei.“ (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, 46. Sitzung, Bonn, 5. Oktober 1954, S. 2232)

Angesichts dieser „Freiheiten“ orientierte Adenauer auf den „Tag X“: „Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird.“ (DPA, 16. November 1954) Die „Politik der Stärke“ der NATO war auch zum Reglement der Adenauer-Regierung geworden. Schon wurde davon geträumt, die Bundeswehr „mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor“ marschieren zu lassen.

US-Militärs begleiteten den Prozess des Aufbaus eines gegen die Sowjetunion gerichteten aggressiven Netzwerkes weiterhin mit künftigen Kriegsszenarien.

Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Bradley, hatte sich schon Anfang der 1950er Jahre ereifert: „Sollten wir in einen dritten Weltkrieg eintreten, so ist es die Sowjetunion, die zertrümmert werden muss.“ (Neue Zeit, Moskau, 1954, Nr. 44) Im September 1954 nannte der damalige Kommandeur der US-Luftstreitkräfte im Pazifik, General Kenny: „Der Krieg mit der Sowjetunion erscheint unvermeidlich. Der Gedanke einer friedlichen Koexistenz ist nichts als Humbug.“ (Verschwörung gegen Deutschland) Und der damalige NATO-Oberbefehlshaber General Gruenther meinte: „In den nächsten drei oder vier Jahren werden wir imstande sein, mittels Flugzeugen von weitem und nahem Aktionsradius ferngelenkter Geschosse und Artillerie einen Angriff zu unternehmen. Ich habe die Atomwaffe im Auge. Von uns hängt es ab, ob es zum Dritten Weltkrieg kommt.“ (ebenda)

Adenauer hatte seinerseits einige Wochen vor der Ratifizierung des NATO-Vertrages noch einmal bekundet, dass der Antikommunismus Staatsdoktrin der BRD sei. Wörtlich: „Die Sowjetunion ist unser Todfeind. Die Wiederaufrüstung soll die Vorbereitung einer Neuordnung Osteuropas sein.“ (Stuttgarter Zeitung, 22.3.1952)

Die angemäÙte Politik der Stärke und die in sie gesetzten Erwartungen wurden auch durch das im Dezember 1955 von einer Mehrheit des Bundestages gebilligte Waffenlieferungsabkommen mit den USA untersetzt. Es sah den Kauf von Waffen für 700 Millionen Dollar in den USA vor.

Das Grundgesetz der BRD wurde entsprechend den Remilitarisierungsanforderungen im März 1956 in zahlreichen Punkten ergänzt bzw. geändert. Das betraf u.a. die Wehrverfassung, die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte im Allgemeinen und im „Verteidigungsfall“ im Besonderen sowie die Einschränkung von Grundrechten im „Verteidigungsfall“.

Im Juli 1956 beschloss der Bundestag die Allgemeine Wehrpflicht. Kurz darauf veröffentlichte das Bonner Bundeswehrministerium einen Erlass. Danach wurde ehemaligen Offizieren der Waffen-SS bis zum Obersturmbannführer der Dienst in der Bundeswehr ermöglicht. (Weißbuch über die Politik der beiden deutschen Staaten – Frieden oder Atomkrieg ?, Hrsg. MfAA der DDR, Mai 1960, S.26)

Nachdem die BRD fest in den von den USA geführten aggressiven Militärpakt eingebunden war, betonte Bundeswehrminister Strauß noch einmal die der bundesdeutschen Staatsdoktrin gemäÙe Todfeindschaft gegenüber der Sowjetunion mit den Worten: „Es gibt nur noch den Fall Rot.“ (Die Welt, 14. November 1956) Und inspiriert durch die Atomkriegsvorstellungen von US-Militärs forderte er während seiner Amtszeit wiederholt die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Im April 1957 erklärte er, „die Beratungen der NATO-Konferenz schon im Dezember 1956 haben das Problem aufgeworfen, ob...die europäischen, also die nichtamerikanischen Streitkräfte der NATO mit leichten Atomwaffen ausgestattet werden sollen. Hier ist unser Standpunkt der, dass wir Gleichberechtigung mit den übrigen euro-

päischen Streitkräften der NATO verlangen.“ (Hessischer Rundfunk, 8. April 1957)

Eine Mehrheit des Bundestages ermächtigte sogar die Bundesregierung, „die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen“ auszurüsten. (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 21. Sitzung, Bonn, 25. März 1958, S. 1169) Der Widerstand in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit verhinderte dieses wahnwitzige Bestreben.

Übrigens: Strauß' Methode, den Besitz von Atomwaffen mit der zu erwartenden „Gleichberechtigung Deutschlands“ zu begründen, war keineswegs originell. Unter der Devise „Gleichberechtigung“ hatten schon die Nazis Mitte der 1930er Jahre die Aufhebung der Deutschland auferlegten Rüstungsbeschränkungen verlangt.

Die BRD wurde in den Jahren des Kalten Krieges zum „Musterkneben“ der NATO. Die Bundeswehrführung trug Initiativen vor zur Entwicklung einer „Vorneverteidigung“, später der „Vorwärtsstrategie“ gegen den Osten. Der deutsche Imperialismus baute darauf, im Rahmen dieser Strategie auch die für ihn verlorengegangenen „Ostgebiete“, die DDR darin eingeschlossen, zurück erobern zu können. Im diametralen Gegensatz zu den Grundsätzen der Schlußakte von Helsinki hatte der damalige BRD-Außenminister Genscher beim NATO-Rat durchsetzen können, dass das Ziel, „Deutschland in den Grenzen von 1937“ wiederherzustellen, unterstützt wurde.

Nach 20 Jahren NATO-Mitgliedschaft teilte die Bundesregierung voller Stolz mit: „Unser überragender Beitrag zur konventionellen Verteidigung drängt uns neben unseren finanziellen Leistungen immer stärker in die Rolle des nach den USA wichtigsten und einflußreichsten Partners in der Allianz.“ (Standortbestimmung – 20 Jahre Bundeswehr, Bonn 1975, S. 128) Später legte der damalige Bundeswehrminister Apel nach, und es hörte sich schon wie die Bereitschaft zu einem Gnadenakt an: „Wenn unsere amerikanischen Freunde in der NATO um Entlastung bitten müssen, um weltweit Aufgaben übernehmen zu können, dann müssen wir uns, nach Absprache und Entscheidung in der NATO, solidarisch dazu bereit finden.“ (Europäische Wehrkunde, München, 8/1979, S. 403)



Die politischen Eliten der BRD wollten sich mit der Junior-Rolle ihres Staates nicht länger begnügen. Die BRD war, so das Bonner Selbstverständnis, „ökonomischer Riese“ geworden und wollte nicht länger „politischer Zwerg“ sein. Militärisch war man ohnehin gefragt. Die herrschenden Kräfte der BRD verstanden ihren Staat als „Großmacht im Wartestand“. Immer wieder waren die BRD-Oberen bemüht, die Funktion des Landes als Frontstaat gegen den Sozialismus zu beweisen. Dazu gehörte, dass in den 1970er Jahren, nach einer kurzen Entspannungsphase, ihre Militärs dafür sorgten, dass die BRD Aktionsraum für die Durchführung von regelrechten Manöver-Serien des NATO-Paktes wurde. Das waren zumeist Manöver nach Vorstellungen für einen regionalen strategischen Kernwaffenkrieg. Dabei war auch ein möglicher Kernwaffeneinsatz gegen die DDR eingeplant.

### **Jahrhundertlüge soll Aggressivität verdecken**

Der Aufbau der vom US-Imperialismus initiierten und geleiteten NATO, die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in den Militärpakt, der Konfrontationskurs gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten, die Pläne für einen Krieg gegen die UdSSR – all dies wurde bekanntlich mit dem Slogan „Verteidigung“ legitimiert. Ihm lag die Jahrhundertlüge einer „kommunistischen Bedrohung“, einer „Gefahr aus dem Osten“, einer „kommunistischen Weltverschwörung“ zugrunde.

Die Bedrohungslüge hatte schon 1917 bei der Intervention der 14 imperialistischen Mächte Pate gestanden. Als die junge Sowjetmacht, laut Churchill, „in der Wiege erstickt“ werden sollte.

Die Bedrohungslüge begleitete die Beschwichtigungspolitik rechtskonservativer Politik Großbritanniens und auch Frankreichs gegenüber Hitlerdeutschland.

Das faschistische Deutschland gebrauchte die Lüge für den Überfall auf die Sowjetunion. Die Bedrohungslüge wurde genutzt, um während des Kalten Krieges das Wettrüsten zu provozieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Lüge von einer „tödlichen Bedrohung der freien westlichen Welt durch den Kommunismus“ von den NATO-Experten der Psychologischen Kriegführung eingesetzt, um

hinter der Kulisse einer angeblichen „Verteidigung“ die Strategie des „Roll back“ und auf deutschem Boden die Remilitarisierung der Westzonen zu rechtfertigen. Das während der Nazi-Diktatur über so viele Jahre verabreichte antikommunistische Gift wurde aufgefrischt.

Die Bedrohungslüge wird seit dem Ende des Sozialismus in Europa dazu genutzt, die Einkreisung Russland mit dem Aufmarsch von NATO-Truppen voranzutreiben. Der Antisowjetismus gerierte zur Russophobie.

Letztendlich ging und geht es der Psychologischen Kriegführung der NATO-Staaten darum, das Geschäft der Rüstungsschmieden zu bedienen und neue Waffensysteme zu entwickeln sowie bestehende zu modernisieren. Ende der 1940er Jahre brachte der damalige US-Außenminister Dulles den Zweck der Bedrohungslüge auf einen kurzen Nenner: „Um das Land zu veranlassen, die Bürde zu tragen, die der Unterhalt starker Streitkräfte bedeutet, muss man eine emotionale Atmosphäre schaffen, die der Psychologie eines Krieges verwandt ist. Man muss die Vorstellung einer Bedrohung von außen erzeugen.“ (J.F. Dulles, Krieg und Frieden, Stuttgart 1950, S. 67)

### **„Nie wieder!“ gewinnt höchste Aktualität**

Der diesjährige festliche Ball der Bundeswehr anlässlich des 60. Jahrestages ihres NATO-Beitritts soll offenbar bekräftigen:

Die vier Jahrzehnte erzwungener, so genannter „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ habe man für immer hinter sich gelassen. Seit dem Ende des Sozialismus in Europa ist die Bundeswehr „Streitmacht im Einsatz“, also Interventionsstreitmacht. In bekannter Tradition stellt sie dabei immer wieder einen Wesenszug des Militarismus, nämlich die Missachtung und Verletzung der nationalen Souveränität anderer Völker praktiziert, unter Beweis.

- Die Bundeswehr hat in den sechs Jahrzehnten ihrer NATO-Mitgliedschaft bewiesen, dass sie sich ihrer Geburtshelfer und ersten Chefs, der von Kriegsverbrechen schwer belasteten Generäle der Nazi-Wehrmacht und der von ihnen vertretenen militaristischen Traditionen eng verbunden fühlt.

- Die Bundeswehr nahm und nimmt an den vom US-Imperialismus geführten Weltordnungskriegen mit direkten Auslandseinsätzen, mit der Aufklärung von „Feindzielen“ für den Einsatz US-amerikanischer Bomben- und Drohnenangriffe oder mit logistischer Unterstützung der US-Streitkräfte teil. Die Bundeswehr hat Anteil an der Globalisierung des militärischen Interventionismus. Krieg ist folglich zum ständigen Begleiter der Völker geworden. Und: Von deutschem Boden geht wieder Krieg aus.
- Die Bundeswehr verfährt nach dem Modus der US-Generalität, auf der Seite des Feindes keine Toten zu zählen. Was sie jedoch keinesfalls von der Mitschuld an den in diesen Kriegen bisher fast zwei Millionen ausgelöschten Menschenleben und dem Elend von Millionen und Abermillionen Kriegsflüchtlingen befreit.
- Die Bundeswehr operiert nun als „Speerspitze“ einer „Schnellen Eingreiftruppe“ in den baltischen Staaten und damit auf dem Territorium der früheren Sowjetunion. Sie sorgt für einen Aggressionschub bei der NATO-Osterweiterung. Der deutsche NATO-Oberbefehlshaber für Nord- und Osteuropa General Domröse hat schon weitere Operationen für seine Streitkräfte angedacht. Weshalb er verlangt, die „NATO muss sich fit machen für eine mögliche Kriegsführung im 21. Jahrhundert“ (Junge Welt, 9. November 2014) Bundeswehr-Ministerin von der Leyen wählt dafür die Worte: „Deutschland ist bereit, international eine sicherheitspolitische Führungsrolle zu übernehmen.“

Vor 60 Jahren hat der damalige NATO-Generalsekretär Lord Ismay gesagt, welche Aufgabe sich das Atlantische Bündnis u.a. stelle. Nämlich: „Um Russland draußen, die Deutschen klein, und die Amerikaner in Europa zu halten.“ ([www.iws-magazin.de](http://www.iws-magazin.de) >iws Aktuell) Die Illusion, den deutschen Imperialismus „klein zu halten“, endet, wie bittere Erfahrungen lehren, stets mit einem bösen Erwachen. Die Unterschätzung des deutschen Imperialismus und Militarismus durch westliche Beschwichtigungspolitiker ermunterte den deutschen Faschismus, den Zweiten Weltkrieg zu entfesseln. Vielmillionenfacher Tod, Not und Leid für die Völker waren die Folge. Die gegenwärtigen Bestrebungen dieses Imperialismus, einen dritten Versuch zu unternehmen,

um an die Weltspitze zu gelangen, von politischer Elite hierzulande scheinheilig als „größere Wahrnehmung internationaler Verantwortung“ dargeboten, müssen alarmieren. Sie verlangen von allen Freiwilligen Aufklärung zu leisten über andauernden Volksbetrug über die imperialistischen, von der NATO, jüngst mit Unterstützung von Faschisten geführten „Weltordnungskriege“.

Das vor 70 Jahren nach der Befreiung von Faschismus und Krieg erhoffte und geforderte **„Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“** hat höchste Aktualität.